

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 10.04.2008

Sitzungsort: Rathaus Uhlstraße 3, Sitzungszimmer A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.25 Uhr.

Vorsitz führte: Falkenstein

### Stimmb. Mitglieder

Dr. Dahm CDU  
 Falkenstein (Vors.) CDU  
 Dr. F.-Immenkeppel CDU  
 Stilz CDU  
 Zündorf (SK) CDU  
 Kravarioti (SK) CDU

Vilkmann SPD  
 Jung (stv. Vors.) SPD  
 Salvador SPD

Bohlfen fw/bVb

Niclasen Grüne

Heil (SK) FDP

### Beratende Mitglieder

Mösch Obdachlosenber.  
 Fahrenberger Obdachlosenb.  
 Duda Vertr. Spätaussiedler  
 Weidner Init.f.Völkerverständ.

### Verwaltung

Freytag  
 Gawlik  
 Rampe  
 Joswig - von Bothmer

### Schriftführerin

Rempe

### Gäste

Göpel (Drogenhilfe Köln  
e.V.) bis 18.45 Uhr

### Stellv. stimmb. Mitglieder

Boley CDU  
 Simons CDU  
 Dahmen CDU  
 Ehrenstein CDU  
 Fischer CDU  
 Gerharz, F.J. CDU  
 Gerharz, Th. CDU  
 Hepp CDU  
 Hosmann CDU  
 Klug CDU  
 Küster CDU  
 Meeth CDU  
 Pohl CDU  
 Poschmann CDU  
 Pütz CDU  
 Rau CDU  
 Schumacher CDU  
 Vetterling CDU  
 Vogel CDU

Berg SPD  
 Blanke SPD  
 Breu SPD  
 Grafe SPD  
 Heck SPD  
 Dr. Petran SPD  
 Reinkemeier SPD  
 Weesbach SPD  
 Wehrhahn SPD  
 Meese (SK) SPD  
 Weitz (SK) SPD

Baule fw/bVb  
 Arth fw/bVb  
 Mainzer fw/bVb  
 Müller fw/bVb  
 Schmitz fw/bVb

Bortlitz-Dickhoff Grüne  
 vom Hagen Grüne  
 Schönhütte Grüne  
 Weber Grüne  
 Winkelmann (SK) Grüne

Brämer FDP  
 Pitz FDP  
 Müller, C. (SK) FDP  
 Wehr (SK) FDP

### Stellv. beratende Mitglieder

Kunkemöller Obdachlosenb.  
 Saidi ABR  
 Yildirim ABR  
 Wolf Spätaussiedler  
 Saß-Blauhut Init.f.Völkerverst.

## Tagesordnung

TO-Pkt.	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	<b>A) Öffentlicher Teil</b>		
1	Niederschrift vom 28.02.2008	3	
2	Mitteilungen		
2.1	Bericht über Drogenkonsum und Konsumenten in der Stadt Brühl, Referentin: Frau Göpel, Drogenhilfe Köln e.V. <u>Bezug:</u> SoMiA 28.02.2008 <u>hier:</u> Anfrage Ratsherr Stiliz (CDU)	3-7	
2.2	Situation im Obdachlosenbereich „Lupinenweg“ u.a. <u>hier:</u> Belegungszahlen und Fluktuation – Stand 01.03.08	7-8	102/00 j
3	Anträge		
3.1	Umbenennung des SoMiA in „Ausschuss für Soziales, Demografie, Senioren und Integration“ <u>hier:</u> Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 29.02.2008	8-9	105/94 cr
4	Anfragen		
4.1	Abriss des Hauses Burgstraße 7 <u>hier:</u> Anfrage Ratsherr Stiliz (CDU)	9	
4.2	Termin für Einladung der Katholischen Ehe-, Familien- und Lebensberatung Erftkreis <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)	9	
4.3	Planung und Bau eines Mehrgenerationenhauses <u>hier:</u> Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)	9-10	
	<b>B) Nichtöffentlicher Teil</b>		
5	Mitteilungen - keine -	10	
6	Anfragen		
6.1	Belegungssituation Unterkünfte Willy-Brandt-Straße <u>hier:</u> Anfrage Vorsitzender Falkenstein (CDU)	10	
6.2	Einrichtung eines Integrationsausschusses <u>hier:</u> Anfrage Ratsherr Jung (SPD)	10	

Vorsitzender Falkenstein (CDU) eröffnet die Sitzung und begrüßt Frau Göpel, Drogenhilfe Köln e.V., die über die Situation des Drogenkonsums von Konsumenten in der Stadt Brühl referieren wird.

Er stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung rechtzeitig bei den Mitgliedern eingegangen ist und fragt diese, ob es Erweiterungs- und Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Seitens der Mitglieder werden keine weiteren Vorschläge zur Tagesordnung eingebracht.

## **A) Öffentlicher Teil**

### **1. Niederschrift vom 28.02.2008**

Gegen die Fassung der Niederschrift werden keine Einwände und Bedenken von den Mitgliedern erhoben.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) bedankt sich bei der Schriftführerin für die Fassung der Niederschrift.

### **2. Mitteilungen**

#### **2.1 Bericht über Drogenkonsum und Konsumenten in der Stadt Brühl**

**Referentin: Frau Göpel, Drogenhilfe Köln e.V.**

**Bezug: SoMiA 28.02.2008**

**hier: Anfrage Ratsherr Stilz (CDU)**

Vorsitzender Falkenstein (CDU) erteilt Frau Göpel (Drogenhilfe Köln e.V.) das Wort.

Frau Göpel bedankt sich für die Einladung und äußert den Wunsch nach einem regelmäßigen Austausch im Ausschuss.

Sie berichtet, dass die bisherige Konzeption der Beratungsstelle im Rhein-Erft-Kreis in Zusammenarbeit mit dem Kreis vor 2 ½ Jahren eine grundlegende Arbeitsauftragsveränderung und eine damit einhergehende Vertragsänderung erfahren hat.

Die Arbeit der Beratungsstelle lag lange Jahre in der Beratung, Betreuung und Vermittlung drogenabhängiger Personen in entsprechende Therapieeinrichtungen.

Der Rhein-Erft-Kreis hat der Drogenhilfe nun zur Auflage gemacht, den Fokus ihrer Arbeit verstärkt auf die Prävention zu legen. Das bedeutet, detaillierte Aufklärungskampagnen und Informationsveranstaltungen über den Genuss von Drogen allgemein zu initiieren und durchzuführen. Hierbei soll verstärkt die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen und ihren Eltern sowie den Schulen gesucht werden.

Durch die Aufgabenverlagerung der Drogenhilfe ist der Kontakt zu drogenabhängigen Konsumenten stark zurückgegangen.

Die Drogenhilfe darf nur noch 25 % ihrer Beratungstätigkeit auf die Betreuung von abhängigen Konsumenten verwenden.

Darüber hinaus hat in den letzten Jahren insgesamt eine Verschiebung in der Art der Einnahme von Drogen stattgefunden.

Frau Göpel meint, dass die Droge „Heroin“ ein Auslaufmodell sei und nur noch für die Konsumenten interessant und attraktiv ist, die in einer langjährigen Abhängigkeit mit dieser Droge leben.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) fragt nach, ob Brühl innerhalb der kreisangehörigen Kommunen eine führende Stellung im Drogenkonsum und -missbrauch einnimmt.

Frau Göpel sagt dazu, dass Brühl traditionell schon immer stärker von der Drogenproblematik betroffen war. Dies liegt u.a. auch an der guten Anbindung an das öffentliche Nahverkehrsnetz.

Die Drobs stellt fest, dass Personen, die über kein oder nur geringes Einkommen / Entgelt verfügen, die Beratungsstelle in Brühl auch nicht aufsuchen. Die jeweils zu lösende Fahrkarte kann sich der vorgenannte Personenkreis nicht leisten.

In Brühl wurden im Jahr 2007 insgesamt 92 Personen von der Drobs betreut.

In der Stadt Bergheim werden keine heroinabhängigen Personen mehr betreut. In der dortigen Drobs hält man sich strikt an die Inhalte des neuen, abgeschlossenen Vertrags mit dem Rhein-Erft-Kreis.

Die neue Vertragsbindung des Personals trifft auch die Bewohner/innen im Obdachlosenbereich Lupinenweg, die nicht mehr betreut werden können.

Die Klientel aus diesem Milieu müsste ihrer Meinung nach auch grundsätzlich eine andere Form der Versagung und Ansprache erfahren. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf das beendete Projekt des betreuten Wohnens von obdachlosen, drogenabhängigen Personen aus dem Lupinenweg durch die Drobs, welches gute Erfolge hinsichtlich der Eingliederung der Betroffenen in den Alltag erzielen konnte.

Zu der Wiederaufnahme dieses Projektes sagt der Landschaftsverband, dass Personen aus den Obdachlosenunterkünften nur dann durch die Drobs betreut werden können, wenn die aus diesem Bereich kommenden Personen einen eigenen Mietvertrag vorlegen können.

Frau Göpel meint, dass es überlegenswert sei, dieses Projekt neu zu beleben.

Die Drobs würde dann sofort wieder ihre Dienste der intensiven Betreuung und Beratung der Klientel anbieten.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) möchte von Frau Göpel wissen, ob die Drobs noch irgendeinen Kontakt zu den Bewohner/innen des Lupinenwegs hat.

Frau Göpel teilt mit, dass die Drobs in Kontakt zu 8 Personen aus dem Obdachlosenbereich Lupinenweg steht. Dieser Kontakt hat aber durch die Aufgabenänderung der Drobs eine andere Qualität bekommen. Die intensive Betreuung des Personenkreises ist nicht mehr gegeben. Die Drobs steht mit der Beratungsstelle des SKFM Frechen e.V., Frau Petzold, im Lupinenweg im

Austausch. Durch den Austausch habe die Drobs erfahren, dass derzeit 3 Personen als Dealer im Lupinenweg auftreten sollen. Diese Information sei aber wenig beweiskräftig.

Die Drobs hat ihre Arbeitsschwerpunkte in die frühe Informationsgebung über präventive Maßnahmen zum Drogenkonsum, allgemeines Suchtverhalten und Therapieformen und –angebote verlegt. Angesprochen werden hiermit vorrangig Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Schultypen. Die Elternberatung erfolgt zu den Themen Alkoholkonsum, Nikotinmissbrauch und PC-Spiele.

Ein besonderer Beratungsschwerpunkt ist das Thema „Grenzen setzen bei Kindern und Jugendlichen“. Viele Eltern sind unsicher geworden gegenüber der richtigen Wahl von geeigneten Erziehungsmaßnahmen.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) möchte wissen, welche Behandlung die akut drogenabhängigen Personen durch die Drobs erfahren.

Frau Göpel teilt dazu mit, dass die behandelnden Ärzte noch eine Substitution der betroffenen Klientel vornehmen. Der intensive Austausch zwischen Ärzten und Drogenberatung und die damit verbundene, intensive, engmaschige Betreuung der Klientel sei jedoch durch das neue Aufgabenspektrum der Drobs völlig weggebrochen. Eine alleinige Gabe des Substitutionsmittels „Methadon“ reicht nicht aus, da parallel kein persönliches Entwicklungskonzept mehr mit der Klientel erarbeitet werden kann.

Die Klientel sucht somit verstärkt wieder den Kontakt zu illegalen Märkten. Der hier stattfindende Mischkonsum von Drogen nimmt bei den Betroffenen zu und damit auch eine stetige, persönliche Verwahrlosung. Dadurch erhöht sich auch die Sterberate der Drogenkonsumenten. Für alle handelnden Personen, die sich gegen den Drogenkonsum engagieren, stellt der geschilderte Sachverhalt eine sehr unglückliche Situation dar. Die vorgenannte Konzeptionsänderung der Arbeit der Drobs war eine politische Entscheidung, obwohl die verantwortlichen Mandatsträger im Kreis vorab umfassende Informationen über die Auswirkungen ihrer Entscheidung erhalten haben.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) möchte wissen, ob es in Brühl spezielle Treffpunkte für Jugendliche gibt, wo dem Drogenkonsum verstärkt nachgegangen wird.

Frau Göpel sagt, dass Jugendliche überall dort, wo sie sich treffen, die Chance wahrnehmen, Drogen zu konsumieren.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt nach Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer/innen und Erzieher/innen durch die Drobs.

Frau Göpel gibt bekannt, dass die Drobs in dieser Angelegenheit von der Fachstelle für Suchtprävention, Hürth, unterstützt wird. Diese bildet unter anderem Multiplikatoren für Kitas und Schulen aus. Die Fachsstelle ist unter der Internetadresse: [praevention@drogenhilfe-koeln.de](mailto:praevention@drogenhilfe-koeln.de) zu finden.

Ratsherr Bohlken (fw/bvb) möchte wissen, welche Drogen als Ersatz für Heroin konsumiert werden.

Frau Göpel teilt mit, dass vorrangig Cannabis, Alkohol, Amphetamine (aufputschende, aktivierende Drogen) eingenommen werden.

Ratsherr Bohlken (fw/bvb) spricht die Attraktivität des Genusses von Alcopops für Jugendliche an und möchte wissen, ob die Einnahme dieser Getränke auch in den Schulen thematisiert wird.

Frau Göpel antwortet, dass Alcopops für die Jugendlichen auf Dauer zu teuer und von daher nicht sehr attraktiv sind. Die Jugendlichen, so ihre Erfahrung, mischen und mixen sich lieber selber ihre Getränke, um sich zu „berauschen“.

Frau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) sieht den Konsum von Alcopops bei Jugendlichen unter einem anderen Aspekt. Sie sieht diese Getränke als „Einstiegsdroge“, vor allen Dingen für Mädchen und junge Frauen. Sie habe den Eindruck, dass das Einstiegsalter bei alkoholischen Getränken immer niedriger wird. Gerade durch den limonadeartigen Geschmack der Alcopops ist für sie eine akute Gefährdung des Einstiegs in den Kontakt zu Drogen gegeben. Ebenso sieht sie die Verabreichung von Methadon anders als Frau Göpel, möchte aber hier nicht tiefer in die Diskussion einsteigen.

Ratsherr Stilz (CDU) ist schockiert über den Bericht von Frau Göpel. Er kann nicht glauben, dass eine engmaschige Betreuung der Klientel nicht mehr gewährleistet ist, da finanzielle Mittel eingefroren wurden. Provokativ sagt er dazu, dass er darauf verzichten könne, 100 Kindern das Flöte spielen beizubringen, als dass 10 Kinder oder Jugendliche in die Verwahrlosung und Verelendung geschickt werden.

Er stellt den Antrag, dass dieser Zustand umgehend revidiert wird und bittet die Mitglieder des Ausschusses darum, ihn dabei zu unterstützen, seine Meinung in die entsprechenden Entscheidungsgremien bei Kreis, Land, Kirche u.a. zu transferieren.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) fragt Frau Göpel, ob sich die Drobs nicht wieder auf die originären Aufgaben konzentrieren und den präventiven Maßnahmenkatalog auf andere Institutionen übertragen könne.

Frau Göpel sagt dazu, dass die Drobs jeweils die Aufgaben erledigt, wofür das Land NRW, der Kreis, die finanziellen Mittel bereitstellt und den Arbeitsauftrag damit erteilt.

Das Land und der Kreis entscheiden mit ihrer Bereitstellung der finanziellen Mittel über die jeweilige Angebotsstruktur der Einrichtung.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) bittet die Schriftführerin, in den Niederschriften nachzuschauen, in welchem Jahr der Ausschuss eine Petition an den Kreistag formuliert hat, in dem dieser den Kreis aufgefordert hat, sein Auftragsverhalten zu ändern und für die Zielgruppe mehr zu tun. Sie appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, sich für eine neue Petition im Kreis einzusetzen.

Anmerkung der Schriftführerin:

*Mit Schreiben vom 11.07.2003 an das Gesundheitsamt des Rhein-Erft-Kreises wurde diesem mitgeteilt und signalisiert, dass zwischen der Verwaltung und den Mitarbeiter/innen der Drogenberatungsstelle eine konstruktive Zusammenarbeit entwickelt werden konnte. Diese habe sich förderlich auf alle beabsichtigten und durchgeführten Maßnahmen der Drogenberatung in der Stadt Brühl ausgewirkt. Es wurde betont, dass eine sinnvolle Beratung und Einleitung von erforderlichen*

*ambulanten oder stationären Maßnahmen nur mit kompetenten Fachkräften durchgeführt und auf diese nicht verzichtet werden kann.*

Sozialdezernent Freytag bittet Ratsherrn Stilz (CDU), dass sich seine Fraktion im Kreistag für die erweiterte Finanzierung einsetzt und den Kreis beauftragt, initiativ zu werden.

Vorsitzender Falkenstein (CDU) bedankt sich abschließend bei Frau Göpel für ihre Ausführungen. Er wünscht ihr viel Erfolg für die Arbeit der Drops und sagt Unterstützung zu.

## **2.2 Situation im Obdachlosenbereich „Lupinenweg“ u.a. hier: Belegungszahlen und Fluktuation – Stand 01.03.2008 Vorlagen-Nr.: 102/00 j**

Der Ausschuss für Soziales und Migration nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Sozialdezernent Freytag erläutert die Vorlage.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) ist beim Lesen der Vorlage aufgefallen, dass Familien mit mehreren Kindern aus den Unterkünften nicht ausziehen. Sie fragt, ob die Gebausie nicht in der Pflicht ist, Wohnungen für diesen Personenkreis verstärkt anzubieten.

Sozialdezernent Freytag antwortet, dass das Wohnungsunternehmen Gebausie aus zwei Blickwinkeln zu betrachten ist. Bei der Gebausie handelt es sich um ein Unternehmen, welches einerseits dem Gemeinwohl verpflichtet ist, andererseits aber auch als wirtschaftliches Unternehmen geführt wird.

Der angesprochene Personenkreis muss darüber hinaus wohnungsfähig sein, was oftmals problematisch ist.

Ein besonderes Problem der Gebausie ist jedoch, dass diese nicht genügend adäquate Wohnungen im Bestand hat, die auf diesen Personenkreis ausgerichtet sind und deren Bedürfnisse berücksichtigen können.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) möchte wissen, weshalb das Schreiben von Pfarrvikar Krautkrämer dem Ausschuss erst jetzt zur Kenntnis gegeben wurde.

Sozialdezernent Freytag sagt, dass in der Verwaltung einfach der Adressat „Sozialausschuss“ übersehen wurde. Er bittet die Mitglieder um Entschuldigung.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) ist nicht zufrieden mit der Beantwortung des Schreibens an Pfarrvikar Krautkrämer. Sie nimmt die Inhalte des Schreibens sehr ernst. Sie findet die Wohnsituation für Einzelpersonen nicht gelungen, vor allen Dingen, dass diese in Mehrraumwohnungen zugewiesen werden, wo keine persönliche Sphäre gewahrt werden könne und jeder durch den Raum des anderen gehen müsse.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt deshalb nach, ob nicht die Möglichkeit besteht, freie Wohnungen mit mehreren Zimmern in Einraumwohnungen umzubauen. Sie habe das Gefühl, dass die Verwaltung sich zu wenig Gedanken über die Wohnsituation der Obdachlosen mache und die Belegung direktiv vornehme.

Sozialdezernent Freytag weist letzteren Vorwurf entschieden zurück und erinnert daran, dass die Verwaltung in der Vergangenheit mit Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses viele bauliche Veränderungen vorgenommen hat. Es findet die Aussage über die Brühler Belegungspraxis im Vergleich zu anderen Kommunen des Rhein-Erft-Kreises im Gegensatz zu Ratsfrauen Niclasen (Grüne) nicht zynisch.

Sollten die Mitglieder des Ausschusses eine Änderung in der Belegungspraxis und -form wünschen, so rät er diesen, einen Antrag darüber im Ausschuss zu formulieren und zu stellen und zur Abstimmung zu bringen.

Ratsherr Bohlken (fw/bvb) ist irritiert vom Schreiben des Pfarrvikars Krautkrämer. Er fragt sich, wie intensiv der Kontakt von ihm zu den Bewohnern und auch zu den Mitarbeitern der Verwaltung ist.

Ratsherr Stilz (CDU) schlägt vor, die Sitzung des nächsten Ausschusses am 19.06.2008 in den Lupinenweg zu verlegen, um sich besser ein Bild von den Gegebenheiten vor Ort machen zu können.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fordert nochmals die Verwaltung auf, Überlegungen hinsichtlich der Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten für den Personenkreis zu treffen.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) erwidert darauf, dass sie Kenntnis darüber hat, dass die Bewohner/innen die Form des Zusammenlebens teilweise selber gewählt haben.

### 3. Antrag

#### 3.1 Umbenennung des SoMiA in „Ausschuss für Soziales, Demografie, Senioren, Integration

hier: Antrag der fw/bvb-Fraktion vom 29.02.2008

Vorlagen-Nr. 105/94 ev

Ratsherr Bohlken (fw/bvb) spricht die für alle nicht zufrieden stellende Arbeit des derzeitigen Ausländerbeirates an. Er meint, dass sich das Zukunftsthema „demografischer Wandel“ im Ausschuss für Soziales und Migration künftig widerspiegeln muss. Seine Fraktion habe deshalb den vorliegenden Antrag formuliert. Im Jahr 2004 wurde schon einmal ein Antrag auf Umbenennung des Ausschusses gestellt. Dieser wurde aber mangels Interessenbekundung abgelehnt.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) sagt, dass ihre Fraktion dem Antrag auf Umbenennung im Grundsatz zustimmen kann. Das Thema Integration ist von der Verwaltung zur Chefsache deklariert worden. Des Weiteren wurde eine Integrationsbeauftragte bestellt. Sie meint, dass die Entscheidung zur Umbenennung des Ausschusses nicht mehr in der noch laufenden Ratsperiode erfolgen, sondern diese in der neuen Legislaturperiode 2009 getroffen werden sollte.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) meint, dass sich die Ausspracheinhalte des Ausschusses alleine durch dessen Umbenennung nicht ändern. Vielmehr müssen die Mitglieder in die Verpflichtung genommen werden, intensivere Diskussionen zu bestimmten

Sachverhalten zu führen. Ihre Fraktion lehnt deshalb den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ab, da er inhaltlich nicht ausreichend begründet ist.

Ratsherr Jung (SPD) sagt, dass seine Fraktion dem Antrag im Grundsatz zustimmen kann. Er schließt sich der Meinung der CDU-Fraktion an, die Entscheidung in die neue Legislaturperiode zu legen. Dann sollte jedoch der Wille aller politisch Verantwortlichen sein, dem Antrag inhaltlich zu folgen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der Vorsitzende Falkenstein (CDU) abstimmen.

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

**Der Ausschuss für Soziales und Migration empfiehlt dem HA / Rat, den Antrag der Fraktion fw/bvb vom 29.02.2008 zur Legislaturperiode 2009 erneut zu diskutieren und rechtzeitig über diesen zu entscheiden.**

**Abstimmungsergebnis: 8 : 3 : 1**

#### **4. Anfragen**

##### **4.1 Abriss des Hauses Burgstraße 7 hier: Anfrage Ratsherr Stilz (CDU)**

Ratsherr Stilz (CDU) fragt nach, ob die Verwaltung einen Termin zum Abriss des Hauses Burgstraße 7 anvisiert hat.

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass sich in der Verwaltung eine Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebildet hat, die den städtischen Immobilienbestand durchleuchtet, u.a. steht auch das Haus Burgstr. 7 im Fokus der Betrachtung.

##### **4.2 Termin für die Einladung der Kath. Ehe-, Familien- und Lebensberatung Erftkreis hier: Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau Niclasen (Grüne) bittet darum, die Leiterin der Beratungsstelle, Frau Pimperz-Gellern für die kommende Sitzung des Ausschusses einzuladen.

##### **4.3 Planung und Bau eines Mehrgenerationenhauses hier: Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau Niclasen (Grüne) möchte wissen, inwieweit sich die Verwaltung mit der Planung und dem Bau eines Mehrgenerationenhauses beschäftigt und auseinandersetzt.

Sozialdezernent Freytag teilt mit, dass dieses Projekt intensiv in der Verwaltung mit den entsprechenden Fachämtern diskutiert wird. Über die Ausformung und Gestaltung des Vorhabens ist man noch in der Ideensammlung.